

77.150 - KU

Brüssel, den 23. September 1993

Politischer Dialog Schweiz - EG

Gespräche vom 20. September mit dem belgischen Ratsvorsitz betr. KSZE und Plan Balladur

Im Sinne der schweizerischen Bemühungen um eine Verstärkung des Politischen Dialoges mit der EG fanden am 20. September in Brüssel die ersten Gespräche mit der belgischen EG-Präsidentschaft auf Niveau der EPZ- Arbeitsgruppen statt.

Ausgangspunkt dieser informellen Konsultationen war die anlässlich des Besuches von Staatssekretär Kellenberger bei Generalsekretär Roelants am 12. August von der belgischen Präsidentschaft signalisierte Bereitschaft zu einer Intensivierung des Politischen Dialoges auf Niveau der EPZ- Arbeitsgruppen. In der entsprechenden schweizerischen schriftlichen Betätigung wurden als prioritäre Themen die KSZE, Osteuropa, Balladur-Plan und Sicherheit (umfassende Arbeitsgruppe) erwähnt. Dies im gegenseitigen Verständnis, dass es sich dabei nicht um eine abschliessende Liste handle, sondern dass diese auf weitere aktuelle Themen, wo gegenseitige Interessen bestehen, ausgeweitet werden könne. In diesem Sinne zeigte sich die Präsidentschaft auch sehr offen für Konsultationen unter anderem in den Bereichen Jugoslawien, Naher-Osten und Menschenrechte.

**Raimund Kunz, Leiter des KSZE-Dienstes, PA III,** führte in Begleitung des Unterzeichneten, ein ausführliches Gespräch mit dem belgischen Vorsitzenden der EPZ-Arbeitsgruppe KSZE, M. de Schoutheete. Am Gespräch nahm auch ein Vertreter der Politischen Direktion der EG-Kommission teil. Im Anschluss daran fand ein Arbeitsmittagessen mit dem Vorsitzenden der ad-hoc EPZ-Arbeitsgruppe Balladur-Plan, Botschafter Thuysbaert, statt, an welchem auch die **Herren Botschafter Simonin und von Tscharner** teilnahmen.

Die **Gesprächsnotizen** über die beiden Gespräche finden Sie in **Beilage**.

Die Diskussionen fanden in einer äusserst offenen und sympathischen Atmosphäre statt. Die belgische Präsidentschaft war in hohem Ausmasse um eine detaillierte und umfassende Information über den Stand der EG-internen Diskussionen in den Bereichen KSZE und Balladur-Plan bemüht (beide Arbeitsgruppen hatten unmittelbar zuvor getagt). Gleichzeitig zeigten sich unsere Gesprächspartner sehr interessiert an den schweizerischen Vorstellungen zu diesen beiden Themen der Europäischen Architektur. Es darf in diesem Sinne wohl von einem eigentlichen Dialog gesprochen werden, der beiderseits als ausgeprochen nützlich eingestuft wurde.



Die belgische Präsidentschaft zeigt sich sehr disponibel für weitere Konsultationen in den vereinbarten Bereichen. In diesem Sinne sollten relativ rasch weitere solche Kontakte in die Wege geleitet werden ("das Eisen schmieden, solange es heiss ist"). Damit kann für die kommende griechische EG-Präsidentschaft ein "fait accompli" oder zumindest eine "moralische Verpflichtung" zur Weiterführung geschaffen werden. Die gewählte informelle, pragmatische Formel des Dialoges mit der Präsidentschaft (im Gegensatz zu den Beitrittskandidaten und den PECO-Ländern, die den Dialog mit der Troika führen; eine zwar formellere, aber etwas schwerfällige Formel, die den Informationsfluss nicht unbedingt erleichtert) scheint uns ein gutes Instrument für die erste Phase in dieser Verstärkung des Politischen Dialoges. Positiv ist dabei auch, soweit wie möglich die EG-Kommission in den Dialog miteinzubeziehen. Die Termine für die entsprechenden Konsultationen sollten im Lichte des EPZ-Kalenders als auch der allgemeinen Aktualität festgelegt werden. Gleichzeitig ist Rücksicht zu nehmen auf die ungewöhnliche terminliche Belastung der Verantwortlichen der EG-Präsidentschaft. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass diese Kontakte zwischen der EG-Präsidentschaft und den Verantwortlichen der Zentrale (Vertretungsniveau kann variieren) mit der notwendigen Regelmässigkeit stattfinden.

Diese Konsultationen stellen aus unserer Sicht einen **wichtigen qualitativen Sprung** im Zusammenhang mit den bereits heute bestehenden regelmässigen diplomatischen Kontakten mit den EPZ-Verantwortlichen seitens der Zentrale, unseren Botschaften in den EG-Ländern und der Mission dar. Die Informationen über die EPZ-Aktivitäten (Berichten unserer Botschaften, formelle und informelle Briefings, ua des EPZ-Sekretariates, COREU-Berichte, etc.) können als Grundlage für diesen Dialog dienen.



Thomas Kupfer

## Politischer Dialog über die KSZE

---

### Gesprächspartner:

**M. de Schoutheete, Vorsitzender der EPZ-Arbeitsgruppe KSZE**

**M. Keith Sangway, Vertreter der EG-Kommission D9 / I A**

---

Ausgangspunkt des Gesprächs bildete unsere Situationsanalyse: Die KSZE befindet sich in einer wichtigen Phase, wir stehen zwei Monate vor dem Aussenministerrat, der in Rom stattfindet. Die KSZE hat zwei schwierige Jahre der Anpassung hinter sich. Es ging darum, eine neue Rolle zu finden. Dieser Prozess ist noch immer im Gang. Es ist wichtig, dass ihm an der bevorstehenden Ratssession in Rom (30.November/1. Dezember) neue Impulse gegeben werden. Die Herausforderungen stellen sich auf drei Ebenen, es geht darum:

- die Rolle der KSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur, im Zusammenspiel mit den anderen Sicherheitsorganisationen, zu definieren oder zu präzisieren.
- ihre Rolle bei der Bewältigung der Konflikte namentlich auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion festzulegen und schliesslich
- ihre Strukturen zu verbessern, damit sie ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen kann.

Nach Darlegung der Schwerpunkte unserer KSZE-Politik geht Herr Schoutheete (S) unmittelbar auf die drei Themen ein, welche die entsprechende EPZ-Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung vom 15./16. September diskutiert hat. Diese sind eng miteinander verbunden und hängen von der weiteren Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur ab. Als Denkmodelle stehen grundsätzlich zwei Szenarien zur Diskussion:

1. Die Aufteilung Europas in eine westliche, von der EG und den USA bestimmte und in eine östliche, von Russland bestimmte Zone. In diesem Szenario würde Russland eine Rolle zugestanden, die es angesichts seiner Stellung verdiene; die zentraleuropäischen Staaten würden früher oder später in die NATO integriert werden. Problematisch wäre die Stellung des Baltikums, der Ukraine und Moldowas. Der KSZE käme in diesem Szenario als einzigem gesamt-europäischen Forum eine verstärkte Rolle zu, sie hätte den Zusammenhalt der beiden

- 2 -

Einflusszonen zu garantieren, ihr "droit de regard" und ihre Rolle bei der Friedenserhaltung müssten wesentlich verstärkt werden.

2. Im zweiten Szenario würde die gesamteuropäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit auf der Ebene NATO/NACC ausgebaut; dies würde den Aufbau eines effizienten Peacekeeping-Instrumentariums des NACC voraussetzen. Die Rolle der KSZE würde in diesem Fall auf Frühwarnung und Massnahmen der menschlichen Dimension reduziert.

Es ist offen, in welche Richtung sich die Architektur entwickelt. Sie wird sich auch kaum in diese **oder** jene, als vielmehr in diese **sowohl als auch** jene weiterentwickeln. Massgebend sind verschiedene Faktoren, namentlich auch Russland selbst. Dieses spielt in der KSZE, im Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen, eine eher zurückhaltende Rolle.

In der EG werden genau diese Fragen im Hinblick auf das Ratstreffen in Rom diskutiert. Es ist wichtig, dass die KSZE-Minister dazu Stellung nehmen und entsprechende Signale geben im Hinblick auf den EG- und NATO-Gipfel, die kurz darauf zum Plan Balladur bzw. zur Frage der Behandlung der mittelosteuropäischen Staaten Stellung nehmen. In welche Richtung die EG tendiert, ist beim jetzigen Stand der Diskussionen nicht auszumachen. Aufgrund verschiedener Stellungnahmen innerhalb der KSZE, der mit dem Balladur-Plan verfolgten Politik sowie der selbständigen Rolle, die Russland neben der KSZE etwa in Nagorno-Karabach und anderswo spielt, darf u.E. eher auf eine Favorisierung des ersten Szenarios geschlossen werden.

Die anderen Fragen, die am KSZE-Ratstreffen im Vordergrund stehen, namentlich das Engagement der KSZE in den Konflikten im Kaukasus und in Zentralasien, hängen wesentlich von diesen grundsätzlichen Weichenstellungen ab.

Inbezug auf die Strukturen der KSZE geht es darum, diese weiter durch Aufhebung von Doppelspurigkeiten (Verschmelzung des Wiener Konsultativausschusses mit der Wiener Gruppe des Ausschusses Hoher Beamter, Integrierung des Konfliktverhütungszentrums ins neue Generalsekretariat) zu rationalisieren. Durch Ausbau der Kompetenzen und der Stellung der Wiener AHB-Gruppe sollte der Tendenz der Vertretungen in Wien, sich zu stark in technische und manchmal in formalistische Details zu verlieren, entgegengewirkt werden. Was die geografische Zusammenfassung der Institutionen betrifft, besteht kein Bedarf. Wesentlich ist, dass der neue Generalsekretär die ausschliessliche Kontrolle über die Institutionen wahrnimmt.

- 3 -

Im Bereich der menschlichen Dimension müssen die verschiedenen Mechanismen vereinfacht und gleichzeitig verstärkt sowie die Aufgaben des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte neu umschrieben werden. Das Büro in Warschau sollte nicht irgendein Eigenleben entwickeln, sondern seine Aufgaben in den Dienst der präventiven Diplomatie stellen. Das Seminar über Frühwarnung hat die nötigen Grundlagen dafür zu erarbeiten.

In diesem, aber auch in anderen Bereichen werden Gegensätze zwischen den USA und der EG in der KSZE deutlich. Nach Ansicht von S führt eine gewisse Anti-EG-Tendenz der amerikanischen Vertretung in Wien in bisweilen sachlich unbegründeten Angelegenheiten zu Schwierigkeiten. Umgekehrt manifestiert sich darin die nicht unbekannte Absicht der USA, über die KSZE den Einfluss der EG zu dämpfen.



## Politischer Dialog über den Plan BALLADUR

### Briefing und informelles Gespräch mit Botschafter Thuysbaert, Vorsitzender der ad hoc Gruppe Plan Balladur (letzte Sitzung vom 17. September 1993)

---

Der Stand der Diskussionen in der von Botschafter Thuysbaert (TH) geleiteten Arbeitsgruppe ist im beiliegenden, **vertraulich** zu behandelnden Arbeitspapier wiedergegeben. Dieses ist, der Arbeitsmethode entsprechend, in verschiedene Problemkreise gegliedert. Wie ersichtlich, ist es noch im Entstehen begriffen. Zur Zeit geht es darum, wie TH ausführt, unter den einzelnen Themen verschiedene Optionen zusammenzustellen, was in Beiträgen von verschiedenen Staaten geschieht. Die Diskussion über die definitive Auswahl der Optionen erfolgt erst später. TH ist zuversichtlich, dass der vorgesehene Arbeitsplan, nämlich die Finalisierung des Arbeitspapiers am 24. September, die Behandlung des Projektes am EG-Aussenministertreffen am 4./5. Oktober und die Verabschiedung des Plans als EG-Vorschlag am EG-Gipfel vom 15. Dezember, eingehalten werden kann. Desgleichen schätzt TH die Chancen auf ein substantielles Resultat gut ein.

Die folgenden Präzisierungen ergaben sich aus dem informellen Gespräch mit TH:

- TH verdankte das schweizerische Aide-Mémoire, dem Belgien grosses Interesse entgegenbringe. Besonders willkommen ist der Hinweis auf das Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren in der KSZE sowie die Minderheitenkonvention des Europarates. Diese könnten jedoch noch nicht berücksichtigt werden, da sie noch nicht in Kraft gesetzt bzw. ausgehandelt sind. Unser Aide-Mémoire ist wie die Stellungnahmen anderer interessierter Staaten den EG-Mitgliedstaaten verteilt worden und wird wie diese zusammen mit dem Arbeitspapier den Aussenministern am 4./5. Oktober unterbreitet.
- Seit der letzten Runde sind namentlich das Verhältnis zu KSZE und Europarat weiter geklärt und grössere Flexibilität bei den Verhandlungsmodalitäten sowie bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse der "betroffenen Staaten" eingeführt worden. Fest steht, dass die Verpflichtungen im Pakt politischer, diejenigen der bilateralen Verträge hingegen rechtlicher Natur sein sollen.

- 2 -

- Verbindung des Paktes mit der KSZE: Konkret stellt man sich vor, dass die EG die Paktkonferenz, zu der alle KSZE-Staaten eingeladen würden, einberuft. Diese hätte die verschiedenen Verhandlungsprozesse einzuleiten. Sie könnten von KSZE, Europarat oder Moderatoren aus einzelnen Staaten begleitet werden. Die Resultate des Prozesses, u.U. der Prozess selbst, würden unter die Obhut der KSZE gestellt. Der evolutive Charakter des Unternehmens wird immer augenfälliger.
- Inbezug auf die Teilnahme der "betroffenen Staaten" zeichnet sich immer mehr die Tendenz ab, dass diese in einer ersten Phase auf die sechs mittel- und osteuropäischen Staaten, auf welche die EG Einfluss ausüben kann, beschränkt bleibt mit der Möglichkeit, den Kreis später zu erweitern. Konkret werden Ungarn und die Staaten mit ungarischen Minoritäten visiert, die als grösste potentielle Unruheherde angesehen werden.

Um das Problem der beschränkten Teilnahme zu umgehen, verfolgt TH persönlich die Möglichkeit der Schaffung anderer regionaler Verhandlungsprozesse, für welche andere Staaten, namentlich Russland, Verantwortung übernehmen könnten. Dies käme der Idee eines Balladur-Plans für das Gebiet der früheren Sowjetunion nahe.

- Ausschlaggebend für den Erfolg des Projektes wird die Reaktion der "betroffenen Staaten" sein. Nach ersten ablehnenden Reaktionen ist deren Interesse am Projekt gewachsen. Erste Konsultationen dürften im Rahmen des am 21.9. stattfindenden Treffens der Troika mit den Aussenministern der sechs Staaten vorgenommen werden. Eigentliche bilaterale Konsultationen erfolgen in der Phase nach dem 5. Oktober und vor dem EG-Gipfel.
- Inbezug auf eine mögliche schweizerische Mitwirkung zeigt sich TH optimistisch. Die Schweiz hat gute Chancen, für die Stellung von Moderatoren angefragt zu werden. TH erkundigt sich ausserdem nach der Bereitschaft von finanziellen Beiträgen für Massnahmen zugunsten von Minderheiten in einzelnen Staaten. Auch diesbezüglich sind Möglichkeiten im Rahmen des Osteuropakredites gegeben. Umgekehrt manifestiert sich darin die nicht unbekannte Absicht der USA, über die KSZE den Einfluss der EG zu dämpfen.

Beilage erwähnt



Réunion du groupe de travail ad hoc à haut niveau "Pacte de stabilité en Europe"; Bruxelles, le 17 septembre 1993.

La discussion au groupe a couvert des points figurant à la liste retenue le 28 juillet qui n'ont pas été traités lors de la réunion du 6 septembre. En outre, l'idée a été retenue, qu'à la lumière des travaux ultérieurs, des éléments additionnels et des précisions pourront être ajoutées aux points déjà couverts.

Suite aux deux réunions, le groupe a convenu de garder à l'esprit les éléments indiqués ci-dessous:

I. APPROCHE ENVISAGÉE

Considérations d'ordre général: l'initiative d'un Pacte de Stabilité en Europe est perçue comme un exercice de diplomatie préventive visant à promouvoir la stabilité en Europe à travers des accords bilatéraux. Afin d'éviter des tensions potentielles, ces accords comprendraient des clauses sur les droits des minorités et relatives à l'inviolabilité dans une perspective de consolidation des frontières.

1. Liens avec d'autres institutions:

1.1. CSCE:\*

L'initiative du Pacte s'articulera surtout autour des questions des minorités et des frontières, qui sont des champs d'action importants de la CSCE. Elle devrait s'insérer dans la CSCE, tout en gardant un profil propre. Il a été souligné en outre que la CSCE devrait être la gardienne des résultats de tout l'exercice et, dès lors, qu'elle devait être informée du contenu des accords conclus ou à conclure. La concrétisation des liens entre le Pacte et la CSCE sera définie à la lumière du contenu de l'initiative qui sera proposée par la Communauté et ses Etats membres.

La création de toute nouvelle institution est à exclure. L'exercice ne doit pas faire double emploi avec ce qui est fait dans le cadre de la CSCE. La perspective doit être celle d'un renforcement mutuel entre le Pacte, d'une part et les principes et les instruments de la CSCE, d'autre part.

La Communauté et ses Etats membres assureront le développement dynamique de cette initiative, en recourant aux moyens existants, y compris ceux de la CSCE et du Conseil de l'Europe, avec lesquels ils veilleront à maintenir des contacts appropriés tout au long du processus d'élaboration du Pacte.

\* Il a été convenu que l'équilibre général du texte et son contenu feront l'objet d'une révision lors de la prochaine réunion.



- 1.2. UEO;
- 1.3. OTAN:

Le groupe a relevé la signification considérable pour le Pacte des efforts déployés **par des organisations comme l'OTAN et l'UEO** en vue de la stabilité **et de la sécurité** dans toute l'Europe.

#### 1.4. Conseil de l'Europe:

Le groupe a estimé que, dans le cadre du Pacte, il fallait mettre à profit les différents textes, règles et mécanismes agréés ou à agréer dans le cadre du Conseil de l'Europe, notamment dans les domaines de la protection **des droits de l'homme, du développement démocratique, de la coopération entre régions par-delà des frontières, et des droits des minorités.**

## 2. Approche d'ensemble:

2.1. **Participation à la Conférence:** point encore à couvrir.

### 2.2. Nature du Pacte:

Le groupe s'est prononcé de **façon favorable** à ce que le Pacte ait une nature politique, **tout en étant entendu que les Accords bilatéraux auront eux un caractère juridique.**

### 2.3. Configuration des tables rondes:

Le groupe a été d'avis qu'il ne fallait pas que la Communauté et ses Etats membres imposent un cadre rigide aux pays concernés. Cependant, on a estimé que, compte tenu des objectifs du Pacte, il serait sans doute logique d'envisager des tables rondes à caractère géographique, plutôt que thématique. Dans une première phase, ces tables rondes pourraient réunir les deux parties concernées, sans que cela ne préjuge de leur éventuel élargissement au cas où cela s'avère approprié.

L'éventuelle désignation d'un modérateur, pour lequel, le cas échéant, il pourrait être fait appel à la Communauté et ses Etats membres, à un pays particulier ou aux mécanismes offerts par la CSCE ou le Conseil de l'Europe, dépendrait de l'appréciation des parties concernées.

2.4. Nature des mesures d'accompagnement, assurances et garanties de mise en oeuvre du Pacte:

Il a été reconnu que les mesures positives avaient plus de chances de produire des résultats.

Le groupe a également convenu qu'il faudrait distinguer entre l'action engagée par la Communauté et ses Etats membres et celle qui peut être envisagée dans un cadre international.

L'éventuel octroi de garanties militaires de portée générale dépend d'organisations telles que l'OTAN et l'UEO auxquelles il appartient de se prononcer.

Toutefois, une formule d'association à l'UEO pourrait être envisagée, en liaison avec la conclusion du Pacte, en gardant à l'esprit que les formules actuelles d'association ne comportent pas de garanties militaires en cas de conflits entre Etats membres ou associés.

S'agissant des garanties à envisager, le groupe a convenu de garder à l'esprit la typologie française (CPE PAR 549) et les considérations espagnoles en la matière (CPE MAD 415). Il a été signalé que des mesures, assurances et garanties différentes pourraient être modulées selon les problèmes concrets des régions.

2.5. Rôle de la Communauté et de ses Etats membres:

Les conclusions de Copenhague pour l'adhésion à l'Union mentionnent déjà la nécessité de remplir des conditions économiques et politiques. Le Pacte pourrait représenter à cet égard un apport positif dans la voie de cette adhésion. Le groupe a convenu qu'il faudrait éviter l'établissement d'un lien conditionnel entre l'adhésion à l'Union et les résultats des négociations dans le cadre du Pacte.

L'exercice aurait un caractère ouvert géographiquement et évolutif, avec la possibilité de se concentrer, dans un stade initial, sur les pays de l'Europe centrale et orientale ayant la perspective de devenir membres de l'Union européenne et avec lesquels l'Union a plus d'opportunités de faire valoir son influence de façon plus effective.

Le groupe a identifié en particulier trois champs d'action communautaire, à savoir la coopération régionale, les moyens de soutien indirects (V. CEE 351, paragraphe 6) et la coopération dans le cadre des organisations internationales.

3. Liens avec l'Union européenne: point encore à couvrir.

4. Dialogue avec les pays concernés: point encore à couvrir.

Le groupe a noté que les pays tiers continueront d'être informés comme convenu lors de la dernière réunion du groupe et qu'une phase de consultations pourrait être entamée, si les ministres en décident ainsi, après le Conseil affaires générales du 4 octobre.

## II. MISE EN OEUVRE

### 1. Inventaire des principes à appliquer:

Le groupe est convenu qu'il ne lui revenait pas d'établir de nouveaux principes s'agissant des problèmes à traiter. Les principes applicables en la matière accordés dans le contexte des Nations Unies, de la CSCE et du Conseil de l'Europe devront constituer la **base de l'initiative**, rien n'empêchant les pays concernés d'aller plus loin dans leurs accords bilatéraux. Il ne s'agit donc pas pour la Communauté et ses Etats membres d'imposer des solutions.

### 2. Inventaire des accords de bon voisinage (existants ou en élaboration):

Le groupe a pris note de la contribution fournie par la Grèce en la matière (V. annexe). Il a noté que cet inventaire ensemble avec la contribution néerlandaise sur les principaux problèmes à adresser permettait de mieux dégager le champ de travail.

### 3. Inventaire des situations à adresser:

Le groupe a retenu que l'approche à adopter à l'égard des **situations** à adresser dans le cadre du Pacte devrait avoir un caractère évolutif et se situer dans une perspective ouverte, large et substantielle. La définition finale des contours de cette approche dépendra dans une très large mesure de l'avis même des pays concernés.

## III. CALENDRIER

(Dieses Aide-mémoire hat Staatssekretär J. Kellenberger am 12.9.93 dem belgischen EG-Vorsitz abgegeben)

## AIDE - MEMOIRE

### Projet de Pacte sur la stabilité en Europe

#### Remarques générales

La Suisse, dont la sécurité dépend largement de celle de l'Europe, soutient les objectifs du projet sur le Pacte de stabilité et juge en principe positive l'approche proposée. Se fondant sur son expérience nationale en tant qu'Etat multiculturel et sur son engagement sur le plan international dans le domaine des minorités, elle est prête à contribuer, notamment dans le cadre des négociations bilatérales et régionales prévues, aux efforts visant à trouver des solutions à ces problèmes. Dans cet esprit la Suisse est intéressée à contribuer dans la mesure du possible à la préparation du projet et à participer de plein droit à sa réalisation. La contribution suisse pourrait se situer plus particulièrement dans l'application du principe de subsidiarité et dans la participation aux efforts pour résoudre les questions délicates qui se posent dans le domaine des minorités.

Le respect des principes concernant les minorités nationales et les frontières est le problème-clé pour la stabilité en Europe. L'expérience dans les conflits actuels montre que ce ne sont pas les normes et les principes reconnus par la communauté internationale qui font défaut, mais leur application. Ce qu'il nous faut, ce sont des mécanismes concrets qui garantissent le respect de ces normes. C'est ce raisonnement qui sous-tend la proposition française. C'est dans cette approche pragmatique que réside, à notre avis, le principal mérite du projet de Pacte de stabilité.

Les avantages de la démarche proposée par le projet sont en effet multiples.

L'idée d'inciter et d'aider les pays d'Europe centrale et orientale à négocier bilatéralement des accords pour régler leurs différends de frontières et leurs problèmes de minorités est séduisante. Cette approche constitue un instrument flexible adaptable à la particularité de chaque conflit. De tels accords pourraient comporter une clause d'acceptation de la convention de conciliation et d'arbitrage de la CSCE, ainsi que - pour les pays membres du Conseil de l'Europe - de la future convention européenne sur les minorités et éventuellement d'autres instruments pertinents pour les objectifs du Pacte. La solution des tensions ou conflits bilatéraux ou régionaux est en outre une condition pour l'établissement d'un ordre de sécurité européen.

Les mesures d'incitation à bonne conduite prévues par les Douze constitueraient un moyen efficace pour garantir le respect des principes mis en oeuvre dans le Pacte et les accords bilatéraux.

#### Points spécifiques

Du point de vue Suisse, les engagements pris et les responsabilités mutuelles assumées dans le Pacte devraient assurer un développement stable et pacifique en Europe. L'application de ces principes sur le niveau bilatéral ou régional devrait être flexible quant aux procédures et participants.

- 2 -

Concernant la nature juridique du Pacte, nous pensons que la légalisation des relations en matière de sécurité en Europe enterinée dans un document juridiquement contraignant soit prématurée au stade actuel de l'évolution en Europe. Pour l'instant, il nous semble plus réaliste et plus sage de viser, pour le Pacte, un instrument politiquement contraignant étant donné que les dispositions des accords bilatéraux conclus dans le cadre du Pacte seraient juridiquement contraignantes.

Quant à l'aspect institutionnel, la Suisse considère que la CSCE avec ses règles et procédures extrêmement souples et variées se prête comme cadre approprié pour mettre en oeuvre le projet sur le Pacte. Nous soutenons donc les efforts qui tendent à éviter l'établissement d'un processus parallèle. Le projet sur le Pacte ne devrait pas affaiblir la CSCE et ses activités, mais plutôt les renforcer et les compléter.

Le cercle des Etats participants n'est pas celui de la CSCE. Non seulement les pays d'Asie centrale et du Caucase manquent à l'appel, mais aussi les petits Etats européens y compris Chypre, pays particulièrement concerné par un problème de minorité. La Slovénie, pays aujourd'hui sans problème de minorité, ne se considère pas comme étant en conflit en ex-Yougoslavie. L'exclusion des pays du Caucase soulève des questions particulières même s'il convient de tenir compte du fait que l'ONU et la CSCE y sont déjà engagées. Est-il possible de commencer l'opération dans le cercle limité proposé par la France sans exclure un élargissement à un stade ultérieur ?

Concernant les garanties, des questions restent ouvertes: quelles seront les mesures à prendre par les signataires du Pacte pour garantir les droits des minorités et les frontières? Qui veillera, et avec quels moyens, à ce que les principes soient appliqués?

Concernant la question des frontières: Le principe de la CSCE prévoit que les frontières peuvent être modifiées par les Etats participants conformément au droit international, par des moyens pacifiques et par voie d'accord. Sera-t-il possible, en déclarant expressément les changements de frontières comme objet négociable, de limiter d'éventuelles modifications à quelques rectifications mineures sans déclencher toute une vague de revendications territoriales anciennes et nouvelles? Dans ce contexte, il faut néanmoins reconnaître qu'une modification de frontière organisée avec l'accord librement consenti des parties concernées est préférable à l'acceptation a posteriori de modifications imposées par la force.

Afin d'assurer au projet de Pacte le succès qu'il mérite, il importe, à notre avis, que dès la phase préparatoire tous les Etats directement concernés et tous les autres Etats intéressés en la matière soient associés à l'élaboration des bases de la Conférence. Car seule une participation de tous les intéressés, sur pied d'égalité, présente la meilleure garantie pour que les nouveaux engagements créés par le Pacte soient respectés par les signataires.